

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten, aus den Schnelligkeiten unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrsverkehr) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebersetzung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermittelt.

Die Redaktion.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause.
27. Plenar-Sitzung vom 18. Juni, 11 Uhr.

Auf der Tages-Ordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend Errichtung einer Zentralanstalt zur Förderung des genossenschaftlichen Personalkredits.

Minister Miquel: Diese Bank soll das Genossenschaftswesen in seiner bisherigen Entwicklung fördern, und es nicht etwa in seinem Selbstverwaltungsbereich führen. Die Staatsregierung betrachtet das Werk der großen Männer Schulze-Delitzsch und Raiffeisen als ein durchaus heiliges. Die Staatsregierung will mit dieser Anstalt namentlich dem Bedürfnis einer Nachhilfe stattgeben; denn die Genossenschaften haben nicht die Mittel für eine solche Kreditanstalt. Daß ein solches Bedürfnis besteht, bezeugen die Männer selber, die mitten im Genossenschaftswesen stehen. Wenn der Staat hier hilft und eine Zentralanstalt schafft, welche die Ueberbrücke da, wo solche vorhanden sind, dahin führt, wo Bedarf ist, so wird das Genossenschaftswesen noch viel mehr eingeführt werden, als dies bisher der Fall ist. Es soll der Personalkredit gefördert werden, m. S. Denn die wachsende Verschuldung, namentlich also auf landwirtschaftlichem Gebiete, erhöht wesentlich die von der mangelhaften Organisation des Personalkredits. Nur deshalb ist der Grund und Boden zu stark verschuldet worden, ohne Rücksicht auf das Wohl und Wehe der Nachkommen. Die bestehenden genossenschaftlichen Zentralinstitute werden ja diese Zentralanstalt vielleicht nicht so sehr brauchen wie die genossenschaftlichen Provinzialverbände, aber wenn sie die Anstalt nicht brauchen, dann brauchen sie sich ihrer ja auch nicht zu bedienen. Aber die Provinzialverbände werden sie brauchen. Einwilligen macht bei dieser Bank nur der Staat. Einwilligen. Sollten das später auch die Provinzialverbände thun, so wird das nur mit Freunden zu berathen sein und die Sache nur fördern. Bisher war jedenfalls zu Zeiten Bedarf vorhanden, der nicht befriedigt, und Ueberbrücke, die nicht rentabel gemacht werden konnten. Fortan wird der Bedarf gedeckt und die Ueberbrücke rentabel gemacht werden können, wenn auch zu mäßigem Zinsfuß. Reichsbank und Creditanstalt können den Aufgaben, die hier gestellt sind, bei ihrer Organisation nicht entsprechen. Die Reichsbank kann namentlich nicht auf die hier erforderlichen längeren Fristen Kredite gewähren, ebenso wenig die Creditanstalt. Dieses neue Zentralinstitut steht dabei nicht im Widerspruch zu der Reichsbank, sondern ergänzt sie. Wir hoffen, auf solche Weise wird sich das Genossenschaftswesen weiter segensreich entwickeln und namentlich auch der Vortheile des heruntergehenden Zinsfußes theilhaftig werden, wie er der gegenwärtigen Wirtschaftslage entspricht. Nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für den gewerblichen Mittelstand wird dieses Institut segensreich sein. Wir hoffen dabei auf eine segensreiche Entwicklung an und wollen ihr nur den notwendigen Anstoß geben. Das untersteht uns von Frankreich und anderen Ländern, und das Scheitern ähnlicher Anstalten in anderen Ländern braucht und deshalb nicht von diesem Vorgehen abzuhalten. Wir fangen klein an. Sehen wir einen Erfolg, so können wir das Institut später auch für Sparkassen und andere Einrichtungen nutzbar machen. Und wenn wir

lich der erwartete Erfolg nicht eintritt, so ist auch nichts verloren. Von einer Verstaatlichung des Bankwesens, zu der man in dieser Vorlage einen Anfang erblickt hat, ist nicht die Rede. Wenn das hohe Haus diese Vorlage annimmt, so werden seine Mitglieder sich sagen können, daß sie für das Wohl der Mittelklassen nicht nur schöne Worte haben, sondern daß sie für dasselbe auch eine heilsame That gethan haben. (Beifall.)

Abg. Pless (Ztr.): Ich beglücke die Vorlage freudig in der Hoffnung, daß dieselbe noch keinen Schlussstein darstellt. Daß die Vorlage sich an bestehende Organisationen anschließt, darin erblicke ich einen großen Vorzug derselben. Wie groß das Bedürfnis nach einem solchen Institut, wie groß das Bedürfnis nach Geld beispielsweise bei den Genossenschaften am Rheine ist, zeigt das Anwachsen des Geschäftsvorkehrs der rheinischen Landesbank mit den dortigen Genossenschaften. Man könnte nun meinen, daß, da wir die rheinische Landesbank haben, eines solchen Zentralinstituts nicht bedürfen. Aber diese Annahme ist irrig, weil die Genossenschaften sich jetzt den progressiven Bedingungen der Landesbank anpassen müssen. Das neue Zentralinstitut wird jedenfalls einen Einfluss auf den Zinsfuß haben. In zweifelhäufiger Weise wird auch namentlich im Osten, wo der Bedarf an Geld stets größer sein wird, als das Angebot, beides mit einander ausgleichen. Im Ganzen bin ich mit der Vorlage nicht nur einverstanden, sondern ich halte sie sogar für einen ganz besonders glücklichen Griff der Regierung. Auch der Handwerkerstand wird nur deshalb anfänglich von der Vorlage geringeren Vortheil haben, als die Landwirtschaft, weil er in der Bildung von Genossenschaften zurückgeblieben ist. Aber das läßt sich nachholen, wenn nur der Handwerkerstand sein Augenmerk nicht auf alte Phantome richtet, sondern auf die Erfordernisse der Gegenwart. Einzelne der Vorlage muß ich allerdings bemängeln: so, daß Ueberbrücke des Instituts über einen gewissen Zeitraum hinaus in die allgemeine Staatskasse zurückfließen sollen. Auch sehe ich nicht ein, weshalb nicht auch die Sparkassen, insofern sie den Personalkredit sich angelegen sein lassen, der Vortheile aus diesem Institut theilhaftig werden sollen? Die 5 Millionen halte ich als allerersten Betriebskapital für vollkommen ausreichend. Redner schlägt schließlich Verweisung der Vorlage an eine besondere Kommission vor.

Abg. Gamp (fr.): Die Hauptbedeutung der Vorlage erblicke ich in dem Inneren, daß die Reichsbank für die Befriedigung des gewerblichen Kreditbedürfnisses nicht ausreicht, und in dem ferneren Anerkennung, daß die Landwirtschaft und das Klein- und Mittelgewerbe denselben Anspruch auf staatliche Hilfe haben, wie das Großkapital, die Großindustrie, die Börse. Die wirtschaftliche Bedeutung dieser Vorlage ist also so sehr hoch, nicht, um so höher dagegen ihre politische Bedeutung derselben. Für die Handwerker darf man sich schon um deswillen nicht gar zu viel von dem Zentralinstitut versprechen, weil die Genossenschaften für das Handwerk einen gar so großen Erfolg bisher nicht gehabt haben. In der Beschränkung auf Anwendung von Vortheilen an die Genossenschaften liegt eine Schwäche der Vorlage, und zwar um so mehr, als den Genossenschaften auch zahlreiche Personen angehören, welche nicht Handwerker oder kleine Landwirthe sind. Man sollte überhaupt die Entwicklung des Instituts nicht hemmen. Ich bin ferner überzeugt, daß dasselbe auch seine Gelder, um sie nutzbar zu machen, in Wechseln und Lombard wird anlegen müssen, und da befrüchte ich, daß die Mittel des Instituts wieder in Berlin centralisiert werden und der Börse zu Gute kommen werden. Daß der Staat hier klein anfängt, mit 5 Millionen, damit bin ich einverstanden, da man zunächst die weitere Entwicklung abwarten kann. Jedenfalls kann der Staat, der der Börse oft viele Millionen zu ganz geringem Zins zur Verfügung stellt, diese 5 Millionen gut und gern hergeben. Die vorgesehene spätere Beteiligung der Genossenschaften selbst mit Kapital an diesem Institut hat große Bedeutung, weil diese Gelder dann zu festlichem verwendet werden würden und das Kapital dann nicht in dem unfruchtbarsten Waße der Landwirtschaft zu Gute kommen würde. S. 5 sollte man daher zunächst fester schreiben. Die Ausführung dieses Gesetzes sollte man nicht gemäß § 15 dem Finanzminister allein übertragen, sondern zugleich dem landwirtschaftlichen Minister. Wir wissen ja, daß der gegenwärtige Finanzminister ein warmes Herz für die Landwirtschaft hat, aber Gesehe soll man nicht auf Personen zukommen.

Abg. v. Woyta (freikons.) plaidirt lebhaft dafür, auch den Sparkassen die Vortheile dieses Gesetzes zuwenden. Seine Freunde würden in zweiter Lesung eine dahingehende Ergänzung des Gesetzes beantragen. Auch die Ausführungs-Maßnahmen in diesem Gesetze sollten sich zu schrittweise denen im Reichsbankgesetze an, so betreffend des Direktoriums. Auch die juristische Konstruktion der Beteiligung des Staats sei eine mangelhafte.

Minister Miquel warnt davor, die Thätigkeit des neuen Instituts gleich anfänglich zu weit, auch auf die Sparkassen, auszuweiten. Er könne in das Lob beider Vordränger nicht so unbedingt einstimmen, denn diese hätten bisher mehr auf Pflege des Real- als des Personalkredits gesehen. Es bedürfe daher auch dringend einer Reform des Sparkassengesetzes. Erst solle man jedenfalls mit dem neuen Institut Erfahrungen abwarten, ehe man den von den Vordrängern gewünschten Schritt thue. Die Furcht Gamps vor einer zu fiskalischen Verwaltung sei ganz unbegründet. Nur einen mäßigen angemessenen Zins solle das neue Institut erarbeiten.

Abg. Graf Kanitz (kons.): Mit Recht widmet der Minister seine Aufmerksamkeit der Verschuldungsfrage. Aber Allen, was er da gesagt

hat, kann ich nicht zustimmen. Die Verschuldungsursachen liegen doch anders. Für den Realcredit hat bisher ein zu hoher Zinsfuß gezahlt werden müssen. 6 Prozent ist nichts Seltenes. Dabei ist die städtische Bevölkerung im Durchschnitt viel reicher, als die ländliche. Die Verschuldung der ländlichen Bevölkerung ist eine sehr große, und daher hat die Staatsregierung die Pflicht, insbesondere für diese Bevölkerung auf Abhilfe zu sorgen. Redner verbreitet sich eingehend über die Nothlage der Landwirtschaft und über das Recht und die Pflicht des Staates, hier einzugreifen. Die Realcreditfrage sei noch viel wichtiger, als die Personalkreditfrage, um die es sich bei der Vorlage ausschließlich handle. Werde letztere angenommen, so bleibe jedenfalls auf dem Boden des Realcredits noch viel zu thun. Und da dürfe man auch vor keinem Widerstande zurückweichen. Redner kritisiert u. A. die außerordentlich hohen Anforderungen, welche an die Grundbesitzer für Schuldbanken gestellt würden, ebenso die Steuerüberbürdung trotz der Steuerreform, namentlich auch wegen der Ergänzungsssteuer. Was die Vorlage anlangt, so solle der Zentralfiskus wenigstens das Recht eingeräumt werden, provisorisch auch den Sparkassen Gelder zur Verfügung zu stellen. Im Uebrigen gelte er mit der Vorlage einverstanden, die ja, wie Alles, Licht und Schattenfeste habe. Die Vorlage werde allerdings ungefähr dieselbe Wirkung haben, wie eine Konvertirung der Staatspapiere. Aber das dürfe kein Hinderniß für die Vorlage sein. Aber, damit schloße er, wenn man den Kredit erleichtere, so müßten eigentlich auch Vorkehrungen gegen übermäßige Verschuldung getroffen werden.

Abg. Herold (Zentrum): Für das genossenschaftliche Kreditwesen sind von der Vorlage bedeutende Vortheile zu erhoffen, die Kontrolle der Mitgliedschaft, der Kreditwürdigkeit der Mitglieder u. A. wird erweitert und erleichtert. Bei der weiteren Entwicklung der Provinzialverbände hat sich schon früher gezeigt, daß die Errichtung einer Zentralstelle eine Nothwendigkeit ist. Die Vorlage trifft auch damit das Richtige, daß sie nicht mit den einzelnen Klassen, sondern nur mit den Provinzialverbänden in Geschäftsbeziehungen treten will. Redner bemerkt, daß bei der Genossenschafts-Konferenz, die zur gütlichen Klärung über die Vorlage einberufen war, der westfälische Provinzialverband nicht gehört worden ist.

Minister Dr. Miquel entgegnet, es beruhe das auf einem nur durch die Eile zu entschuldigenden Versehen; er bedauere dasselbe um so mehr angesichts der großen Verdienste des Vorsitzenden jenes Verbandes.

Abg. Dr. Hamacher (nat.-lib.): Es ist eine weise Beschränkung der Vorlage, daß sie den Versuch, den die Vorlage unternimmt, auf engere Kreise der Bevölkerung zu beschränken sucht. Wie dieser Versuch ausfallen wird, ist noch nicht zu sagen, zumal es an festlicher Erfahrung auf diesem Gebiete fehlt. Es handelt sich um einen durchaus eigenartigen Versuch, der hier zum ersten Male unternommen wird. Besonders muß das Ansehen des Abgeordneten Camp zurückgewiesen werden, der den Wirkungskreis des neuen Instituts weiter ausdehnen wollte. Auch für die Sparkassen eignet sich das neue Institut nicht.

Damit schließt die Debatte.
Die Vorlage geht an die Budgetkommission zur Vorberatung.
Es folgt die Interpellation der Abg. Dr. Sattler und Genossen betreffend den Prozeß gegen Wellage.

Regierungskommissar Geh. Rath Bartisch stellt dem Hanse anheim, die Beantwortung der Interpellation auf 8 Tage auszuschieben, da der Kultusminister, der bis zum 23. d. Mts. nach außerhalb beurlaubt ist, die Absicht und den Wunsch hat, die Interpellation selbst zu beantworten.

Damit ist die Interpellation für heute erledigt.
Hierauf vertagt sich das Haus.
Nächste Sitzung Montag, den 24. d. Mts., 12 Uhr.

Tagesordnung: Eisenbahn-Verstaatlichung, Nachrichten-Stat., Erbschaftsteuer.
Schluß 2 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 18. Juni. Seine Majestät der Kaiser hat zu den Gröndungsfeierlichkeiten des Norddeutschen Kanals von der deutschen Künstlergesellschaft, der „Kunstgenossenschaft“, die Marine-Maler Hans Behr und C. Seltmann eingeladen.

Der Kultusminister Dr. Wölff hat sich nach glänzendem Kur am 17. d. Mts. auf einige Tage von Karlsruhe nach Vaters begeben. Wie die „Kunstgenossenschaft“ hört, gerückt derselbe Ende dieser Woche nach Berlin zurückzukehren und die Gröndungsfeierlichkeiten, die er zum Theil von Karlsruhe aus erledigt hat, in vollem Umfang wieder zu übernehmen.

Die „Post“ bringt heute folgende Erklärung:

Der künft. Zeremonienmeister Freiherr von Schröder ersucht um Annahme folgender Erklärung:

Wiestorf, Kreis Herzogthum Lauenburg, 17. Juni 1895.

Durch verschiedene Zeitungen geht die Notiz, daß der Zeremonienmeister von Roke, durch ein Ehrengericht freigesprochen, mich wegen wissenschaftlicher Denunziation bei der Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht habe, und daß die von ihm herbeigeführten Schiedsverhandlungen des Schiedsmannes durch mein Nichterscheinen verurtheilt seien. Diese Notiz ist dahin richtig zu stellen:

1. Ueber Herrn von Roke hat bisher nur das Kriegsgericht gesprochen; die Entscheidung des Ehrengerichtes steht dagegen noch aus.

2. Herr von Roke hat bei der Staatsanwaltschaft nicht wegen wissenschaftlicher Denunziation, sondern wegen des von mir ausgesprochenen Verdachts der Thätigkeit bezüglich der anonymen Briefe die Strafanzeige erstattet.

Die Staatsanwaltschaft hat diese Strafanzeige zurückgewiesen mit der Motivierung, daß die Klümpchen, unter denen ich meinem Verdacht Ausdruck gegeben, das Vorhandensein einer Verleumdung auswies.

3. Den Vorwurf einer wissenschaftlichen Denunziation hat Herr von Roke dagegen in dem kriegsgerichtlichen Verfahren erhoben; in Bezug hierauf äußert sich die Staatsanwaltschaft nach Prüfung der Akten in Uebereinstimmung mit dem kriegsgerichtlichen Urtheil wörtlich dahin,

„daß von einer wissenschaftlichen Denunziation nicht die Rede sei und daß die Wahrscheinlichkeit meines Zeugnisses in keinem Punkte einem Zweifel bezuge.“

Daß ich bei diesem Sachverhalte keine Veranlassung nehmen konnte, die später an mich herangetretenen Schiedsverhandlungen eines Schiedsmannes zu berücksichtigen und die von Herrn von Roke angestrebte Entscheidung des Schiedsgerichts abwarten muß, bedarf wohl keiner Erörterung.

Freiherr von Schröder.
Posen, 18. Juni. Der von den Delegirten der Posener Landschaft gefasste Beschluß betreffs Beilegung der Güter bis zu zwei Dritteln des Taxwerthes hat die königliche Genehmigung erhalten.

Blankenburg am Harz, 18. Juni. Se. königl. Hoheit der Regent Prinz Albrecht reist heute Nachmittag nach Hamburg zur Gröndung des Nord-Deutsche-Kanals. Ihre königl. Hoheit die Prinzessin Albrecht begiebt sich mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm heute Nachmittag zum Sommeraufenthalt nach Schloss Ramen.

Bonn, 18. Juni. Der „Generalanzeiger“ meldet, daß Ihre königl. Hoheiten die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht Mittags nach Kiel abreisen.

Laboe, 18. Juni. Soeben läuft das spanische Geschwader in den Kieler Hafen ein und wechselt Salut mit der Stranbbatterie von Friedrichsort.

Hamburg, 18. Juni. Hier traf heute Vormittag 11 Uhr eine Depesche vom Grafen Eulenburg beim Senat ein, welche meldet, daß Ihre Maj. die Kaiserin morgen nicht nach Hamburg kommt, da sie unspätlich ist. Es herrscht darüber großes Bedauern.

Hamburg, 18. Juni. In den die Alter umgebenden Straßen und an der Elbe entwickelte sich schon Morgens ein reges Leben. Viele Straßen waren während der Nacht geschmückt worden. Ganz besonders zeichnen sich aus Niddingsmarkt, Alterwall, Neuerwall und der Grasfelder, wo Triumpfbogen, befranzte Maßstäbe, Tannenbäume, Eichenlaub, Fahnen und Banner mit einander mischten. Bei herrlichem Wetter unternehmen etwa 100 Prospektreiter auf dem Dampfer „Gallenhof“ eine Fahrt durch sämtliche Häfen. Der Dampfer fuhr um 9 1/2 Uhr ab. An Bord befanden sich achtundzwanzig Personen, die über alles Bemerkenswerthe Auskunft ertheilten. Namentlich waren die ausländischen Vertreter über die Gröndungsfeier der Hafenanlagen höchst erfreut und besonders erfreut, wenn sie beim Passiren der vielen ausländischen Kriegsschiffe eines Schiffes ihrer Nation ansichtig wurden. In höchst lebhafter Stimmung landeten die Teilnehmer gegen 12 Uhr in St. Pauli an der für das morgige Festen des Kaisers wunderbar geschmückten Landungsbrücke und begaben sich zu Fuß zum Konzertsaal Ludwig, wo im Garten das Festmahl eingenommen wird.

Wien, 18. Juni. Die Kaufmannschaft nahm den Antrag der Handelskammer an, wonach sie sich gegen alle auf Einführung der Doppelwährung abzielenden Bestrebungen erklärt. Der bisherige Präsident der Handelskammer Hermann Lange wurde wiedergewählt.

München, 18. Juni. Se. königl. Hoheit der Prinz-Regent Luitpold und Prinz Ludwig sind heute früh 6 Uhr in Begleitung der Minister Freiherr von Crailsheim, Dr. von Kiebel und Freiherr von Heßling mittels Sonderzuges nach Damburg abgereist.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 18. Juni. Der Kaiser empfing heute Vormittag den Ministerpräsidenten Fürsten Windischgrätz in besonderer Audienz.

Wien, 18. Juni. Der Entschluß des Ministeriums, zu demissioniren, ist ebenso feststehend, wie der Beschluß der Deutschliberalen, die Koalition zu verlassen. Die Hauptfrage der nachgehenden Krise ist fest darauf gerichtet, daß Budget pro 1895, das noch unerledigt ist, festzustellen. Zu diesem Behufe dürfte vielleicht das gegenwärtige Ministerium mit der Fortführung der Geschäfte bis zur legislativischen Erledigung des Budgets betraut werden.

Wien, 18. Juni. In Folge des von dem Klub der vereinigten deutschen Voten in der letzten Nacht gefassten Beschlusses erscheint der Fall der Krise für das Ministerium Windischgrätz als gegeben. Den Abendblättern zufolge hat der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz in der Audienz beim Kaiser heute Vormittag formell die Demission des Gesamtkabinetts überreicht.

Wien, 18. Juni. Abgeordnetenhause. Der Junggezeigte Kaiser beauftragte unter Hinweis auf die parlamentarische Lage, die Sitzungen so lange zu unterbrechen, bis die Krise beigelegt oder eine provisorische Abmilderung aller Parteien über die Fortführung der Staatsgeschäfte getroffen ist. Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 144 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Forzeiger, Kraus, Wore und Genossen beantragten, die Geschäftsordnung dahin abzuändern, daß alle Verhandlungssprache des Hauses die deutsche Sprache feststellt wird. Der Antrag wurde dem Geschäftsordnungs-Ausschusse zugewiesen. Sodann wurde die Debatte über die Steuerreformvorlage fortgesetzt.

Großbritannien und Irland.

London, 18. Juni. Den „Times“ wird aus Sanitar vom 17. d. M. gemeldet: Da das britische Ultimatum vom dem Araber M'braud ben Raschid unbeachtet gelassen worden ist, wurden gestern in Zakannu 30 eingeborene Soldaten, 300 Matrosen und 3 Kanonen gelandet; Gogora wurde ohne Widerstand besetzt. „Magpie“ ist nach Malindi abgegangen worden.

London, 18. Juni. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog von Hessen und der Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha begaben sich heute nach Hamburg zur Theilnahme an der Gröndungsfeier des Nord-Deutsche-Kanals.

London, 18. Juni. Die „Times“ schreiben: Jeder Mann an Bord der britischen Kriegsschiffe in Kiel schließt sich mit herzlichster Freude den Glückwünschen für den deutschen Kaiser und das deutsche Volk zur Vollendung des Nord-Deutsche-Kanals an. Das britische Volk wünscht die Tiefe und Wahrscheinlichkeit seiner Theilnahme an Allem zu beweisen, was die Wohlfahrt der befreundeten Nation befördert, in deren Größe sie eine Bürgschaft für die Freiheit Europas und für die Zukunft der Zivilisation erkennt. Die Art, wie Deutschland von seiner gegenwärtigen Stellung unter den Mächten Gebrauch

Annahme von Inferenten Rohmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heintz Eislser, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

macht, vertiefte die guten Wünsche Englands für Deutschland. Kein Land sendet in dieser Woche Deutschland und seinem Kaiser herzlicheren Glückwünsche als England.

Serbien.

Belgrad, 18. Juni. Gestern Abend 9 Uhr fand neuerdings eine leichte Erdschütterung statt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 18. Juni. Der Patriotische Krieger-Verein in Stettin feierte am 16. d. M. das Sommerfest in Finkenwalde bei Seefeld und hatten sich zu dem Empfange derselben die Kameraden des Patriotischen Krieger-Vereins und des Landwehrvereins in Finkenwalde im Paradenzuge mit ihren Fahnen vollständig am Bahnhofe eingefunden. Nachdem Aufstellung genommen und zwar bei beiden Kriegervereinen Finkenwalde auf dem rechten und der Patriotische Krieger-Verein auf dem linken Flügel mit der uniformirten Kompagnie an der Spitze, fand unter Vorantritt der Musik und Spieltheater der Abmarsch nach dem Festlokal statt, dort angekommen, verzögerten sich die Kameraden mit den Familien beim Kaffe und musikalischer Unterhaltung. Um 3 Uhr war Scharschießen der Kameraden, Bogenschießen für die Frauen und Landabwerfen für die Kinder, um 1 1/2 Uhr Preisvertheilung. Es erhielten Preise: Stand I: den 1. Kamerad Seefeld, den 2. Kamerad Seefeld, den 3. Kamerad Rothschall; Stand II: den 1. Kamerad Bogert, den 2. Kamerad Klein, den 3. Kamerad Kienow. Die Frauen und Kinder erhielten ebenfalls Preise. Dieselben wurden durch den stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Oberlehrer Dr. Schulz mit einer Ansprache überreicht. Der Vorsitzende Herr Oberst von Lettow-Vorbeck sprach hierauf den besten Segen seine Anerkennung aus. Demnach begann der Tanz. 8 Uhr wurden die Fahnen der beiden Krieger-Vereine in Finkenwalde, nachdem noch den Kameraden der Dank für den Empfang abgefaßt, militärisch mit der uniformirten Kompagnie und Musik und Spieltheater nach ihren Ständen abgebracht. Hierauf großer Zapfenstreich unter Führung des Adjutanten, welcher mit dem Gebete endete, demnächstige Beilegung und Fortsetzung des Festes. Um 10 1/2 Uhr verließen 6 Kanonenschiffe leider den Schluß des schönen Festes. Der Abmarsch des Vereins fand mit Musik nach dem Bahnhofe statt und war der ganze Weg beglückseligt beleuchtet. Das Wetter war während des ganzen Festes herrlich und friedlich, trotzdem das Lokal von ungefähr 1000 Personen besucht war, kein Missethat aus der gelungenen Fest. Der Wirth Seefeld hat auch seine Schuldigkeit, denn er verabreichte nur gute Sachen und die Bedienung war flott.

Wir wollen nicht unterlassen, nochmals darauf hinzuweisen, daß die heutige Vorstellung im Vellene-Theater zum Abschluß berechtigt für Herrn Bogzenhard und Frl. Silder bestimmt ist, wo bereits mitgeteilt, gelangen die beiden Lustspiele „Die Schutternin“ und „Durch die Intendanz“ zur Aufführung.
— Dem Eisenbahn-Brückenwärter a. D. Otto Jahn zu Pöpelwitz ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Aus den Provinzen.

A. Greifenberg, 18. Juni. Unsere Stadt rühmt sich zu dem Ganturmfest des Regiments, welches vom 22. bis 24. d. M. hier abgehalten wird, um die zahlreichen Gäste würdig zu empfangen, die zu diesem Fest angereist sind. Der Sonntag wird der Hauptfesttag sein, am Vormittag findet gemeinsamer Ridgang der sämtlichen Vereine statt, nach welchem auf dem Marktplatz die Begrüßung der Gäste von Seiten der Stadt durch den Bürgermeister Herrn Meyer erfolgt. Mittags ist im Schützenhause gemeinsames Mittagessen, worauf dann der Festmarsch durch die Stadt nach dem Turnplatz erfolgt, wo Tribünen für die Zuschauer errichtet werden. Am kommenden Tage ist eine Vortour die Rega hinauf bis zum Lebbiner Walde geplant, wo im Garten der Försterei ein gemütliches Beisammensein stattfindet. Von Seiten der Stadt sind dem Festauschuss einhundert Mark Zuschuß zugesichert.

Gerichts-Feitung.

* Stettin, 19. Juni. Das hiesige Schwurgericht verhandelte gestern gegen den früheren städtischen Polizeibehörden-Karol Rudolf Wilhelm Packer von hier, dem Unterschlagung anklagend anvertrauter Gelder zur Last gelegt wurde. Der Angeklagte war am 8. Februar 1893 nach Abkündigung des üblichen Probejahres im städtischen Dienst angestellt worden und gehörte zu seinen Pflichten die Einziehung rückständiger Steuerbeträge. Zu dem Ende erhielt E. eine Kasse, in welcher die Steuerpflichtigen nicht den ihnen zu zahlenden Beträgen verzeichnet waren, bei erfolgter Zahlung hatte er in der Kasse einen entsprechenden Vermerk zu machen. Von den auf diese Weise in seinen Besitz gelangten Geldern soll nun der Angeklagte in 43 Fällen Beträge von 50 Pfennig bis zu 52 Mark unterschlagen haben. Die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten wurden im August 1893 entdeckt, dieselben erstreckten sich nach der Auflage bis in den November 1893 zurück. Die Angelegenheit beschäftigte bereits am 3. Mai d. J. das Schwurgericht, doch trat damals Vertragung der Sache ein, da es notwendig erschien, die einzelnen Fälle der Unterschlagung durch Vernehmung derjenigen Personen, bei denen die in Frage kommenden Beträge eingezogen worden waren, genauer zu fixiren. Dadurch gestaltete sich die gehörige Verhandlung ziemlich umfangreich und erst nach vier Uhr konnten sich die Geschworenen zur Beantwortung der gestellten 87 Fragen zurückziehen. Der nach zweifelhäufiger Verhandlung gefällte Spruch lautete dahin, daß der Angeklagte sich durch eine fortgesetzte Handlung der Unterschlagung im Amte in 7 fowie der einfachen Unterschlagung in 32 Fällen schuldig gemacht habe, die Frage nach mitberührenden Umständen wurde überall bejaht. Auf Grund dieses Spruches wurde E. zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis und 2 Jahren Ehrverlust verurtheilt und seine sofortige Verhaftung verfügt, da die Höhe der erkannten Strafe nicht verhandelt werden konnte. Gegen zwei unentschieden: ausgesetzte Zeugen wurden Dringungsstrafen in Höhe von je 10 Mark verhängt.
* Der vor Jahresfrist hier inoffizielle Streik bei dem Lagerhof der deutsch-amerikanischen Petroleum-Gesellschaft beschäftigten Arbeiter fand

Gradow, Burgstr. 5, fdb. Wohn. v. Stube,
Kam., Küche f. 1,50 *alt* z. 1. Juli an verm.

Wibhelmstr. 9, Stube, Kam., Küche
z. 1. Juli an verm.

Kronenhofstr. 11, Stf., n. b. Gt., 2 Zm., bad, Kb.,
Küche, Klot., Entr. z. 1. Juli zum. Näh- v. park. k.

Stuben.

1 junger Mann findet gute Wohnung zum
1. Juni Hofmarkstr. 14, Mith. 2 Zr. r.

1 anst. i. Mann findet fogl. ob. z. 1. Juli
eine Schlafstelle Klosterg. 12, 2 Zr.

Eine fdb. Schlafstelle fogl. o. z. 1. Juli an
verm. bei Herrmann, Wibhelmstr. 22, § IV.

Lokale.

